

Änderungsvertrag

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV),
Billstrasse 80 a, 20539 Hamburg

- nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt -

und

der Firma Rendac Rotenburg GmbH,
Hesedorfer Weg 76, 27356 Rotenburg (Wümme)

- nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt -

über die Abholung, den Transport, die Behandlung und die Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten der Kategorien 1 und 2 gemäß der Verordnung (EG) 1069/2009 in der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 1

Umfang der Leistungen

(1) Dem AN wird die Aufgabe der Beseitigungspflichtigen i.S.d. § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten vom 25.01.2004 (BGBl. vom 28.01.2004, S. 82, im folgenden TierNebG genannt) gemäß § 3 Absatz 3 TierNebG übertragen. Ausgenommen sind die Beseitigung von auf dem Gebiet der Insel Neuwerk anfallenden tierischen Nebenprodukten und die Beseitigung von Küchen- und Speiseabfällen im grenzüberschreitenden Verkehr, die aus Flugzeugen auf dem Flughafen Hamburg - Fuhlsbüttel und aus Seeschiffen auf dem Gebiet des Hamburger Hafens anfallen.

(2) Die Beseitigungspflicht besteht auch im Falle von Seuchen oder sonstigen außerordentlichen Ereignissen, z.B. wenn aufgrund einer behördlichen Vernichtungsanordnung größere Mengen als üblich anfallen. Ist der AN aus Kapazitäts- oder sonstigen Gründen in einem solchen Fall zu einer ordnungsgemäßen Beseitigung nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand in der Lage, hat er dies unverzüglich den betroffenen Besitzern tierischer Nebenprodukte (im folgenden Bedarfsstellen genannt) und der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) schriftlich anzuzeigen. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, nach Zustimmung durch die BGV einen geeigneten Dritten mit der Beseitigung zu beauftragen. Eventuell entstehende Mehrkosten darf der

AN in Abweichung von § 4 Absatz 1 dieses Vertrages in angemessenem Umfang und in Abstimmung mit den einzelnen Bedarfsstellen in Rechnung stellen.

(3) Erfolgt die Beseitigung von tierischen Nebenprodukten als Folge einer Zurückweisung einer Sendung zur Einfuhr beim Veterinär- und Einfuhramt, so kann die BGV die Beseitigung für den Fall, dass der AN aus Kapazitäts- oder sonstigen Gründen dazu nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand in der Lage ist, selbst veranlassen. Die Anlage III, die Bestandteil dieses Vertrages ist, enthält eine Auflistung dieser Produkte, zu deren Beseitigung der AN nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand in der Lage ist. Sie ist nicht abschließend und kann jederzeit im gegenseitigen Einverständnis durch die beiden Vertragsparteien ergänzt oder geändert werden.

(4) Ist der AN zu einer ordnungsgemäßen Beseitigung zwar in der Lage, erfordert diese jedoch aufgrund der Beschaffenheit der tierischen Nebenprodukte einen deutlich überdurchschnittlichen, jedoch nicht unangemessenen Aufwand, ist der AN berechtigt, diesen zusätzlichen Aufwand in Abweichung zu § 4 Absatz 1 dieses Vertrages in angemessenem Umfang und in Abstimmung mit den betroffenen Bedarfsstellen in Rechnung zu stellen.

§ 2

Rechte und Pflichten des AN

(1) Mit der Übertragung gehen alle für die Erfüllung der Beseitigungspflicht relevanten Rechte und Pflichten auf den AN über. Der AN ist verpflichtet, im Rahmen seiner vertraglichen Leistungen jederzeit alle für die Erfüllung der Beseitigungspflicht einschlägigen rechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere die Vorschriften des TierNebG der Verordnung (EG) 1069/2009 vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (Verordnung über tierische Nebenprodukte) (ABl. Nr. L 300 S. 1, ber. ABl. 2014 Nr. L 348 S. 31, im folgenden Verordnung (EG) 1069/2009 genannt) und die abfall-, wasser-, immissionsschutz-, gefahrstoff-, gefahrgut- und zollrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

(2) Die vertraglichen Leistungen schließen insbesondere ein:

1. Das Sammeln der tierischen Nebenprodukte. Soweit möglich werden die abzuholenden Materialien von den Bedarfsstellen frei von Fremdstoffen in 240-Liter-Systembehältern bereitgehalten, die auf das Abholsystem des AN abgestimmt sind. Die Bedarfsstellen sind für deren Reinigung und Desinfektion verantwortlich. Der AN stellt allen Bedarfsstellen eine ausreichend dimensionierte Erstausrüstung an Behältnissen und für jede Füllung einen stabilen Maisstärkesack zur Einlage und Aufnahme der zu entsorgenden Materialien zur Verfügung. Ausnahmen und Einzelheiten regelt der AN im Einvernehmen mit den jeweiligen Bedarfsstellen unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsvorschriften.
2. Die unverzügliche Abholung von zur Abholung angemeldeten tierischen Nebenprodukten der Kategorien 1 und 2 gemäß der VO (EG) 1069/2009 aus dem ge-

samten Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, sofern nicht durch § 1 Absatz 1 Satz 2 dieses Vertrages ausgenommen. Die Abholung der Materialien wird von der jeweiligen Bedarfsstelle veranlasst. Sie hat spätestens binnen zweier Werktagen nach Veranlassung in der Regel montags, mittwochs oder freitags zu den üblichen Geschäftszeiten zu erfolgen. Erfolgt die Veranlassung zur Abholung an einem Freitag und handelt es sich bei dem darauffolgenden Montag um einen Feiertag, so besteht ausnahmsweise eine Abholpflicht binnen dreier Werktagen. In Absprache mit der Bedarfsstelle können, sofern dieses sinnvoll erscheint, feste Abholtermine vereinbart werden. In Ausnahmefällen (z.B. Tierseuchen, außerordentlichen Mengen) ist nach Absprache mit der jeweiligen Bedarfsstelle und der BGV eine Abholung und Behandlung situationsangemessen unverzüglich durchzuführen. Im Übrigen gilt § 1 Absatz 2 dieses Vertrages.

3. Den Transport der tierischen Nebenprodukte mit hygienisch einwandfreien, lecksicheren Fahrzeugen und Behältnissen.
4. Die endgültige Verwertung/Beseitigung der tierischen Nebenprodukte unter Einhaltung aller einschlägigen rechtlichen Vorschriften.
5. Die Vorhaltung geeigneter Räume, Einrichtungen und Gerätschaften für amtstierärztliche Sektionen sowie gesetzlich vorgeschriebene oder amtlich angeordnete Organ- und Gewebeentnahmen. Dem Amtstierarzt sind für vorbereitende Maßnahmen Hilfskräfte zur Seite zu stellen.
6. Alle sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit Abholung, Transport, Behandlung und Beseitigung der tierischen Nebenprodukte anfallen, z.B. das Nachweisverfahren, die Berichtspflichten gegenüber der BGV und die Rechnungserstellung.

(3) Ein Anspruch auf bestimmte Mindestmengen besteht nicht. Insbesondere besteht kein Anspruch auf Material der Kategorie 3.

(4) Jeweils zum 15. eines jeden Monats, erstmals zum 15. des nach Vertragsschluss kommenden Monats, hat der AN der BGV unaufgefordert in elektronischer Form eine Aufstellung gemäß dem als Anlage II beigefügten Muster vorzulegen. Wurde eine im Hamburger Hafen von der Einfuhr zurückgewiesene und sichergestellte Sendung angenommen, so ist dem Veterinär- und Einfuhramt unverzüglich die erfolgte Beseitigung schriftlich mitzuteilen. Die Anlage II zu diesem Vertrag kann jederzeit von der BGV verändert werden, ohne dass es hierfür der Zustimmung des AN bedarf.

(5) Erhält der AN oder einer seiner Mitarbeiter Kenntnis über den Ausbruch einer Tierseuche oder tierseuchenverdächtiger Erscheinungen oder über einen ungewöhnlich hohen Anfall toter Tierkörper aus einem Tierbestand, hat er dies unverzüglich der BGV zu melden.

(6) Der AN ist verpflichtet, der BGV über alle wesentlichen Beanstandungen seines Betriebes durch andere Behörden zu unterrichten. Darüber hinaus ermächtigt der AN

die für seinen Betrieb zuständigen Behörden, die BGV über wesentliche Beanstandungen des Betriebes zu unterrichten bzw. hierüber Auskunft zu erteilen. Den Beauftragten der BGV wird auf Verlangen eine Besichtigung des Betriebes ermöglicht.

§ 3

Verarbeitungsbetriebe

(1) Die Beseitigung der tierischen Nebenprodukte erfolgt durch den AN in dem von ihm betriebenen Verarbeitungsbetrieb in Rotenburg. Eine Beseitigung in dem von der Rendac-Gruppe betriebenen Verarbeitungsbetrieb in Jagel ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die BGV möglich und hat keine Auswirkung auf die Preisgestaltung.

(2) Ohne vorherige Zustimmung der BGV darf der AN (auch in den Fällen des § 1 Absatz 2) die Beseitigung in keiner anderen als der bei Vertragsschluss vorgesehenen Anlage in Rotenburg vornehmen oder vornehmen lassen.

§ 4

Preisgestaltung, Preisbindung

(1) Die Berechnung höherer oder zusätzlicher als in der Preisliste (Anlage I) aufgeführter Preise, die alle unter §§ 1 und 2 genannten Leistungen einschließen, ist ausgeschlossen. § 1 Absatz 2 und 3 bleibt unberührt.

(2) Ändern sich die Umstände, die bei Vertragsschluss der Preisgestaltung zugrunde lagen derart, dass die Beibehaltung der vereinbarten Preise eine unzumutbare Härte darstellt, kann jede der beiden Vertragsparteien, frühestens nach Ablauf des ersten Vertragsjahres, für die Zukunft eine Anpassung der Preise an die geänderten Verhältnisse verlangen. Dies gilt entsprechend, wenn sich nach einer Preisanpassung die Verhältnisse erneut ändern, dabei darf eine erneute Preisanpassung frühestens ein Jahr nach der letzten Preisanpassung verlangt werden. Soweit es für die Beurteilung, ob ein Preisanpassungsbegehren gerechtfertigt ist, notwendig ist, hat der AN die seinen Betrieb betreffenden Unterlagen vorzulegen.

(3) Einigen sich die Vertragsparteien nicht innerhalb von sechs Wochen auf eine Anpassung, so kann jede Partei verlangen, dass die Entgelte vom Zeitpunkt des Anpassungsverlangens an durch einen von der Handelskammer Hamburg zu bestimmenden Gutachter festgesetzt werden. Die Kosten des Gutachters tragen die Parteien je zur Hälfte.

§ 5

Rechnungserstellung, Rechnungsbegleichung

(1) Rechnungen sind gemäß der Preisliste (Anlage I) zu erstellen und gegenüber den Bedarfsstellen geltend zu machen, sofern und solange von der BGV nichts Abweichendes vorgegeben wird.

(2) Rechnungen, die mit der BGV abzurechnende Leistungen betreffen, sind quartalsweise bis zum Ende des jeweiligen Folgemonates gegenüber der BGV geltend zu machen.

(3) Maßgeblich für die Rechnungslegung ist die Preisliste (Anlage I). Rechnungen, die die Beseitigung gefallener landwirtschaftlicher Nutztiere betreffen, müssen mindestens Angaben über Art, Anzahl und Identität sowie der abgeholten Tiere, den Halter der Tiere und die Anzahl der Anfahrten enthalten.

(4) Werden Rechnungen nicht fristgemäß beglichen, ist der AN berechtigt, bei den betroffenen Bedarfsstellen Abholungen von tierischen Nebenprodukten gegen Vorkasse durchzuführen. Die Pflicht zu Abholung und Beseitigung nach den einschlägigen Rechtsvorschriften bleibt hiervon unberührt.

§ 6

Vertragsbestandteile

Die in den Anlagen IV, V und VI zu diesem Vertrag enthaltenen Formulare (Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohns, Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit sowie Erklärung zur Nichtanwendung der „Scientology“ Technologie) sind Bestandteile dieses Vertrages.

§ 7

Haftungspflicht/Schadenersatz

(1) Unbeschadet sonstiger gesetzlicher Schadensersatzpflichten haftet der AN in vollem Umfang für alle von ihm zu verantwortenden Verstöße gegen die einschlägigen Rechtsvorschriften. Dieses gilt auch bei einer Beauftragung von Subunternehmern.

(2) Der AN hat die BGV von allen Ansprüchen Dritter freizuhalten, die sich insbesondere aus unsachgemäßem Transport oder unsachgemäßer Lagerung oder unsachgemäßer Verwertung/Beseitigung ergeben. Der AN haftet auch für alle Schäden, die der BGV durch Behälter entstehen, die zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung bereits schadhaft waren. Dieses gilt auch für eventuell beauftragte Subunternehmer.

(3) Der AN hat das Haftungsrisiko durch Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung je Schadenfall für Personen- und Sachschäden, Feuer- und Diebstahlschäden sowie Vermögensschäden abzudecken.

(4) Kosten, die der BGV oder den Bedarfsstellen durch etwaige Nichterfüllung oder durch nichtvertragsgemäße Erfüllung des Vertrages durch den AN entstehen, sind von diesem zu tragen.

§ 8

Beauftragung von Subunternehmern

- (1) Der AN darf Subunternehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die BGV beauftragen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, die Einhaltung der Vertragsbedingungen durch den Subunternehmer zu garantieren. Der BGV ist eine Kopie des Subunternehmervertrages zu übersenden.

§ 9

Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Der Vertrag wird für die Zeit vom 01.07.2017 bis 31.12.2018 geschlossen. Seine Geltungsdauer verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, wenn er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende der jeweiligen Laufzeit schriftlich gekündigt worden ist.
- (2) Beide Vertragsparteien haben das Recht, den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn die andere Vertragspartei nach zweimaliger schriftlicher Abmahnung erneut gegen diesen Vertrag verstoßen hat, sofern unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsparteien die Fortsetzung des Vertrages bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann. Die fristlose Kündigung kann nur innerhalb eines Monats erfolgen. Die Frist beginnt dabei mit dem Zeitpunkt, in dem der Kündigungsberechtigte von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt.
- (3) Der AG hat jederzeit das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, wenn der AN trotz schriftlicher Abmahnung die vertragsgemäß vereinbarten Leistungen nicht erbringt oder die jeweils geltenden rechtlichen Bestimmungen nicht erfüllt oder nicht mehr erfüllen kann. Ferner hat der AG das Recht, den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn sich die rechtlichen Bestimmungen derart ändern, dass die Erfüllung der Beseitigungspflicht durch den AN rechtlich nicht mehr zulässig oder möglich ist.
- (4) Bis zum endgültigen Vertragsende sind die geltenden Vertragsbedingungen von beiden Vertragsparteien uneingeschränkt zu erfüllen.

§ 10

Schriftform

Die Kündigung dieses Vertrages sowie Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 11

Erfüllungsort/Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Hamburg.

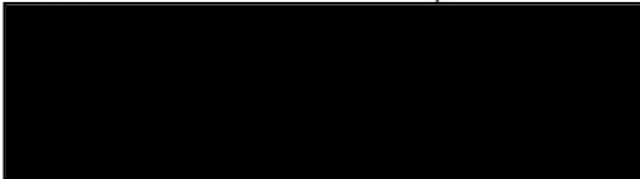
§ 12

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, in einem derartigen Fall eine wirksame oder durchführbare Bestimmung an die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren zu setzen, die dem Geist und dem Zweck sowie dem wirtschaftlichen Sinn der zu ersetzenden Bestimmung soweit wie möglich entspricht; dasselbe gilt für etwaige Lücken im Vertrag.

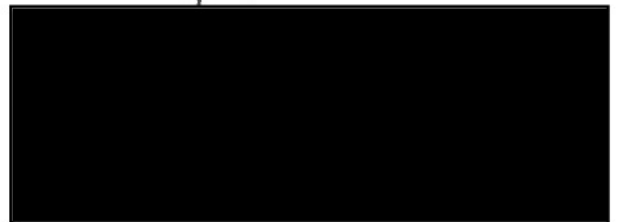
Hamburg, den 26/6/2017

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit
und Verbraucherschutz
- Abteilung Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen -



Rotenburg, den 23.6.2017

Fa. Rendac Rotenburg GmbH



Anlage I

Preisliste (in € ohne USt.)

Behälterentleerungen	
Je (bis zu) 240-l-Behälter	56,37
Aus Silo-, Bunker-, Tankanlagen und 21 cbm-Container bei einer Mindestberechnung von 6.000 kg je Abholung	122,08 je 1000 kg
Entsorgung von Tierkörpern von Vieh i. S. d. § 2 Nr. 4 TierGesG (ohne Schlachtvieh)	
Anfahrtpauschale	40,40
Zuzüglich Rind unter 8 Monate je Stück	7,53
Zuzüglich Rind ab 8 Monate je Stück	52,63
Zuzüglich Schaf und Ziege (über 6 Monate) sowie Schwein, Eber und Sau je Stück	7,52
Zuzüglich Laufvogel je Stück	8,46
Zuzüglich Lamm (unter 6 Monate), Ferkel oder Läufer je Stück	2,35
Zuzüglich Nutzgeflügel je Stück	0,49
Zuzüglich je (bis zu) 240 l-Behälter	15,98
Zuzüglich Pferd je Stück	52,87
Zuzüglich Pony oder Esel je Stück	26,43
Zuzüglich Fohlen je Stück	15,86
Entsorgung von Heimtieren, Zootieren, sonstigen Tierkörpern und tierischen Nebenprodukten	
Anfahrtpauschale	40,40
Zuzüglich Hund und Katze je Stück	5,18
Zuzüglich sonstige Kleintiere je Stück	4,71
Zuzüglich sonstiges Kleingetier und sonstige tierische Nebenprodukte	105,73 je 1000 kg
Zuzüglich je 240-ltr-Behälter	15,98

Alle Entgelte verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Muster für die monatliche Berichtspflicht nach § 2 Abs. 4 des Vertrages

[illegible]

Anlage III

Bei folgenden Produkten ist eine Beseitigung durch den AN nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich und bedarf daher keiner Andienung durch die BGV:

- In Konserven verpackte Produkte (z. B. Fisch, Milcherzeugnisse usw.)
- In Papiersäcken verpackte Produkte (z. B. Milchpulver)
- In Gläsern verpackte Produkte (Fleischerzeugnisse, Fisch usw.)
- In kleineren Gebinden aus Polybeutel für den Endverbraucher abgepackte Produkte
- Trocken gesalzene und in Salzlake befindliche Därme
- Federn und Daunen
- Rohe Schurwolle
- Honig
- Bienenwachs
- Fischrogen in Fässern
- Trockene Knochen oder Hörner, auch Trophäen